Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 44 (1965)
Heft: 11

Artikel: Stimmt Marx immer noch?
Autor: Schelker, Markus
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-337711

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

44. JAHRGANG
NOVEMBER 1965
HEFT 11

ROTE REVUE

MARKUS SCHELKER

Stimmt Marx immer noch?

In seinem Aufsatz «Zur zeitgenössischen Ideologiekritik» («Rote Revue», Heft 9/1965) hat Dr. Rudolf Giovanoli versucht, den Nachweis zu erbringen, daß der Marxismus auch heute noch als Grundlage allen sozialistischen Wollens und Handelns zu gelten hätte. Sein Aufsatz ist eine Kampfansage an all jene Sozialisten, die ihr Bekenntnis zum Sozialismus nicht marxistisch motivieren, sondern versuchen, mit anderen Grundlagen zu arbeiten. Dr. Giovanoli hat meinen Versuch einer Neuinterpretation des Sozialismus als überflüssig, ja schädlich bezeichnet und mir vorgeworfen, ich werfe den wissenschaftlichen Sozialismus über Bord und gebe die Sache des Proletariats überhaupt auf. Dieser Vorwurf an meine Adresse zwingt mich dazu, meinen Standpunkt zu verteidigen und zum Gegenangriff überzugehen.

Verstaatlichung – der einzige Weg?

Dr. Giovanoli geht vom Leitgedanken aus, das Ziel der Arbeiterbewegung sei eine harmonische Gesellschaftsordnung, die den Menschen von wirtschaftlicher Ausbeutung befreit und seine freie Entfaltung gewährleistet. Dieses Ziel ist als solches unangreifbar und gewiß eine conditio sine qua non des Sozialismus. Nur fragt es sich, ob man mit der Vergesellschaftung, das heißt Verstaatlichung der Produktionsmittel, dieses Ziel praktisch erreichen kann. Für unsere hochentwickelte westliche Industriegesellschaft möchte ich diese Frage verneinen. Bestimmt war die Verstaatlichung für die Sowjetunion der einzige Weg, um binnen rund fünfzig Jahren von einem unterentwickelten Land zu einer der führenden Industrienationen der Welt zu werden. Nur dürfen wir bei aller Bewunderung für die technischen und wirtschaftlichen Leistungen der Sowjetunion nicht über die Tatsache hinwegsehen, daß dieser Weg ebenso viele Opfer an Menschenleben und Arbeitsleid gekostet hat wie der Weg des Kapitalismus. Wohl ist das Volk juristisch Eigentümer der Produktionsmittel – doch die Einkommensverteilung, von der wesentlich mehr abhängt als von der Vermögensverteilung, ist in der Sowjetunion ungerecht, wobei sich das System der indirekten Steuern in dieser Hinsicht noch verstärkend auswirkt.

Wem die Produktionsmittel letztlich gehören, ist wirtschaftlich gesehen völlig gleichgültig, da der Lebensstandard auch des Arbeiters einzig und allein von der Höhe des Volkseinkommens und von dessen Verteilung abhängt. Das Postulat der ökonomischen Gerechtigkeit beinhaltet deshalb vor allem die Forderung nach einer gerechten Einkommensverteilung. Die Beteiligung der Arbeiter am Eigentum der Produktionsmittel selbst halte ich wegen des jährlich reinvestierten Mehrwertes gleichwohl für notwendig, doch läßt sich diese Beteiligung absolut im Rahmen einer privatrechtlich organisierten Marktwirtschaft verwirklichen[1]. Es geht darum, mit den vorhandenen knappen Produktionsfaktoren ein Maximum an Mehrwert herauszuwirtschaften, und diesen Mehrwert nach Abzug des für die Selbstfinanzierung bestimmten Anteils gerecht auf Arbeit und Kapital zu verteilen. Dieser Bedingung der Gewinnmaximierung konnte bisher eine verstaatlichte Wirtschaft noch nicht genügen, weil sie über keine objektiven Kriterien zur Bestimmung der Preise verfügt. Interessanterweise verfechten einige der führenden sowjetischen Nationalökonomen die Einführung von Marktmechanismen in der Planwirtschaft, um das Problem der Preisbildung und der optimalen Verteilung der Produktionsfaktoren lösen zu können. Auch dort beginnt langsam das Rentabilitätsdenken das Prinzip der reinen Befehlswirtschaft abzulösen.

Eine Marktwirtschaft, in die ein ausreichendes Instrumentarium kurz- und langfristiger Planungselemente eingebaut ist und die das Ziel der Wohlstandsmaximierung anstrebt, vermag in einem hochentwickelten Land das Problem der Wirtschaftsdemokratie meines Erachtens besser zu lösen als eine verstaatlichte Wirtschaft. Eine Lösung, die ebenfalls marktkonform ist, stellt der Wohlfahrtsstaat schwedischer Prägung dar, der die Unternehmerfreiheit als solche akzeptiert, gleichzeitig durch seine Steuer- und Sozialpolitik aber einen dominanten Einfluß auf die Einkommensverteilung ausübt.

Mensch und Gesellschaft

Aufschlußreich sind Dr. Giovanolis Ausführungen über das Verhältnis des Menschen zur Gesellschaft: «Ich bin immer nur so weit Mensch, als ich in Beziehung zu anderen, zur Gemeinschaft stehe ... Es braucht nicht das ‚ich', es braucht das ‚wir'.»

Es ist das große Verdienst von Marx, aufgezeigt zu haben, wie stark der einzelne Mensch in seinem Handeln und Denken von der Gesellschaft, vom Kollektiv her bestimmt ist. Und trotzdem ist es einfach falsch, aus diesem starken Netz sozialer Verflechtungen des Individuums den generellen Satz abzuleiten, der Mensch sei nur so weit Mensch, als er in Beziehung zur Gemein-

---

[1] Zur Frage der Wirtschaftsdemokratie vgl. meinen Aufsatz in Nr. 9/1965 der «Gewerkschaftlichen Rundschau»: «Wege zur Wirtschaftsdemokratie.»

schaft stehe. Es gibt so viele grundsätzliche Lebensfragen und Lebenssituationen, in denen der Mensch letztlich ganz auf sich selbst angewiesen ist. Die Frage nach Gott, der Tod, die Angst, Liebe und Haß – all das sind Situationen, in denen der Mensch grenzenlos allein sein kann. Wohl bezieht er über alle diese Dinge bestimmte Vorstellungen von der Gesellschaft, doch gibt es einen Punkt, an dem ihm diese Vorstellungen nicht mehr weiterhelfen können, da er allein weiterkommen muß. Alle diese Fragen können aus marxistischer Sicht nicht beantwortet werden, weil dem Menschenbild von Marx der individualpsychologische Aspekt fehlt. Daß diese Tatsache vielen modernen marxistischen Denkern bewußt ist, zeigt das Suchen nach einer marxistischen Anthropologie, über die in den Ostblockländern eine rege Diskussion im Gang ist. Auch Dr. Giovanoli weist auf diese Diskussion hin.

Die «breitere Basis des kollektivistischen Humanismus», von der er spricht, erweist sich allerdings bei näherer Betrachtung als zuwenig tief, um den Menschen in seiner ganzen Wesenheit zu fassen, da sie nur das gesellschaftsbezogene Dasein des Menschen anerkennen will. Darin liegt der fundamentale Irrtum des dialektischen Materialismus. Der Mensch lebt eben nicht nur im «wir»; vielmehr liegt in der Verbindung von «ich» und «wir» das Geheimnis und das Spezifische des Menschen als des komplexesten aller Lebewesen, um eine Terminologie von Pierre Teilhard de Chardin zu benützen.

Die Funktion der Masse

«Das Bekenntnis zu unserem Postulat ist zugleich auch Bekenntnis zu den Mittelmäßigen, zur Masse. Denn unser Plan kann ja nicht auf einen Schöpfer warten, sondern er will mit konkreten und überaus mittelmäßigen Menschen verwirklicht werden ... Und rückblickend dürfen wir heute schon getrost feststellen, daß die vereinigte Kraft dieser Masse unter der Führung des Proletariats mehr zustande gebracht hat als alle bürgerlichen Genies und alles demütige Zuwarten der Theologen.» Mit diesen Worten umreißt Dr. Giovanoli die Funktion der Massen im Zuge der Verwirklichung des Sozialismus. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Massen in der Geschichte der Arbeiterbewegung eine große Rolle gespielt haben und immer noch spielen. Doch wer sich mit Massen beschäftigt, muß sich stets auch fragen, welche Kräfte es sind, die diese Massen formen und formieren. Der Ausdruck «unter Führung des Proletariats» ist – mit Verlaub gesagt – ein Klischee ohne allzu großen Aussagewert. Die Frage nach dem Motor einer Revolution ist jedenfalls damit nicht beantwortet. Vielmehr führt jede Beschäftigung mit der Masse automatisch zur Frage der Elite. Die Geschichte der Arbeiterbewegung ist nicht einfach eine Geschichte der Massensolidarität, sondern vielmehr des Zusammenwirkens der Kräfte der Masse und der geistigen und organisatorischen Gaben einer Führungsschicht. Dies läßt sich am deutlichsten am Bei-

spiel der Russischen Revolution exemplifizieren. Die ersten Marxisten waren meist keine Leute aus dem Proletariat, sondern vielfach fortschrittlich denkende Intellektuelle bürgerlicher Herkunft. Lenins Vater war beispielsweise Gymnasialrektor, Lenin selbst war Jurist. Diese Führungskräfte formierten den Kern der Revolution, die Industriearbeiterschaft, zu einer absolut disziplinierten Partei und dekretierten, fußend auf den Ideen von Marx und Engels, klare Aufträge und Verhaltensnormen. Die Führung wurde – zumindest an der Spitze – nicht, wie Dr. Giovanoli fordert, delegiert, sondern beansprucht, und zwar nicht zuletzt aus dem einfachen Grunde, weil sich die Führung schon konstituiert hatte, als die Masse noch nicht formiert war. In die Betrachtung der Masse muß stets auch das charismatische Streben einzelner nach Macht mit einbezogen werden. Ein Bekenntnis zur Masse impliziert neben der Bereitschaft, das Ziel mit den Mittelmäßigen zu erreichen, auch das Bekenntnis zu einer führenden Elite. Dies gilt sowohl für einen kommunistischen Staat als auch für unsere westlichen Demokratien. Jeder Verband, ob es sich um eine Partei, eine Gewerkschaft, einen Gesangverein oder ein Unternehmen handelt, braucht Führungskräfte. Das ist im Grunde genommen eine Binsenwahrheit. Eine Binsenwahrheit, die allerdings vom Marxismus stets mit dem Ausdruck «Führung des Proletariats» kaschiert wird.

*

Zum Schluß möchte ich noch auf den generellen Vorwurf von Dr. Giovanoli, ich «verwerfe den wissenschaftlichen Sozialismus» und «gäbe die Sache des Proletariats überhaupt auf», kurz eintreten.

Der wissenschaftliche Sozialismus ist meiner Ansicht nach keine geeignete Anleitung zum Handeln, um die Probleme unserer Zeit zu lösen. Ich habe versucht, dies anhand der Frage der Verstaatlichung, der Funktion der Masse und der Stellung des Menschen im Marxismus darzutun: Die Verstaatlichung an sich garantiert weder eine gerechte Einkommensverteilung noch beseitigt sie die Ausbeutung des Menschen. Das Menschenbild des Marxismus vernachlässigt die individualtypische Wesenheit des Menschen. Die Massentheorie beschäftigt sich zuwenig mit dem Problem der Massenführung. (Obwohl gerade die Führer der Russischen Revolution Meister der Massenführung waren.)

Die Aufgabe des demokratischen Sozialismus beschränkt sich nicht darauf, die «Sache des Proletariats» zu vertreten. Unsere Aufgabe ist es ja, eine neue Gesellschaft zu formieren, in der sich alle Menschen frei entfalten können. Dazu brauchen wir die Mitarbeit von Leuten aus allen Ständen und Berufsschichten. Wir brauchen Gewerkschaftsführer, die wissen, was eine modern und rationell geführte Wirtschaft für Anforderungen stellt, wir brauchen vorurteilslose Unternehmer, die sozial aufgeschlossen sind, wir brauchen Lehrer und Forscher, die unser Bildungsgut erweitern und ausbreiten – wir brauchen

Millionen von Menschen, die bereit sind, ihren Teil beizutragen, um unsere Gesellschaft reicher und harmonischer zu gestalten. Sozialismus – das heißt für mich eine integrierte Gesellschaft, in und an der alle Menschen nach ihren Fähigkeiten arbeiten und wo sie nach ihren Bedürfnissen konsumieren können: ein altes – und doch ewig faszinierendes Ziel! Sozialismus – das ist nicht bloß eine Aufgabe einer bestimmten Klasse, sondern aller Menschen, die den Glauben an die Zukunft nicht verloren haben!

PROF. DR. EMIL J. WALTER

Folgen falscher Steuerpolitik durch Senkung der Steuern während der Hochkonjunktur

Manche schweizerische Gemeinden und Kantone gehen einer finanziellen Defizitperiode entgegen. Alarmierend ist das Defizit der Rechnung der größten Stadtgemeinde der Schweiz, der Stadt Zürich, von fast 44 Millionen Franken im Jahre 1964 in einer Zeit, da wichtige Aufgaben der Verkehrspolitik kaum in Angriff genommen werden konnten. Da es sich bei den Verhältnissen der Stadt Zürich sozusagen um einen Modellfall falscher kommunaler Steuerpolitik handelt, geben wir in der Folge einen im «Volksrecht» vom 11. Juni publizierten Artikel mit dem Titel «Folgen der städtischen Steuerpolitik» in leicht gekürztem Auszug wieder.

Die Stadt Zürich muß sich mit dem Gespenst einer drohenden Finanzkrise auseinandersetzen. Die Rechnung des Jahres 1964 schließt mit einem Rückschlag des Außerordentlichen Verkehrs (AOV) von 43,8 Millionen Franken und einer Vermehrung der «Ungedeckten Schuld» auf 116 Millionen Franken ab. Und dies gerade in einem Zeitpunkt, da dringende öffentliche Aufgaben auf dem Gebiete der Verkehrspolitik und der Sicherung der Grünzone ihrer Erfüllung harren.

Die Weisung des Stadtrates macht mit Nachdruck auf die finanziellen Gefahren aufmerksam, welche hinter der gegenwärtigen Defizitwirtschaft drohen. Eine Vermehrung der Ungedeckten Schuld um rund 44 Millionen Franken bedeutet in der Gesamtabrechnung des Ordentlichen Verkehrs (OV) mit dem AOV ein Defizit der städtischen Rechnung von fast 10 Prozent der Einnahmen des OV. Die Stadt Zürich nahm im Jahre 1964 bei einem Steuerfuß von 115 Prozent der Staatssteuer 230 Millionen Franken Gemeinde- und Armengutssteuern und 53 Millionen Franken Grundsteuern ein. Die Grundsteuern machten rund einen Fünftel der Gesamtsteuern und einen Achtel der Gesamteinnahmen des OV aus.

Die Grundsteuern haben im Jahre 1964 noch einmal einen maximalen Ertrag erbracht (1961: 46,7 Millionen Franken; 1962: 45,5 Millionen Fran-